

Keine weitere Verschlechterung von Gesundheit und Lebensqualität: Weniger militärischer Fluglärm in Meiringen

Nadine Masshardt, Grossrätin BE 18.09.2012

Was ist höher zu gewichten: Viele Arbeitsplätze im Tourismus gepaart mit hoher Lebensqualität der Bevölkerung oder wenige Stellen auf dem Militärflugplatz Meiringen mit massiver Kampffjetlärmbelastung der Region ? – Die bürgerliche Mehrheit des Berner Kantonsparlaments will die lärmgeplagten Anwohnerinnen und Anwohner nicht besser schützen und lehnt eine SP/JUSO/PSA-Standesinitiative leider deutlich ab.

Nicht zum ersten Mal diskutiert der bernische Grosse Rat über den Militärflugplatz Meiringen. Die Belastung ist inzwischen so stark, dass direkte und indirekte Klagen auch mich als Unterländerin erreichen.

2009 beauftragte das Kantonsparlament den Regierungsrat einstimmig, gegenüber dem VBS aktiv für die Reduktion der Fluglärmbelastung in der Region Brienz-Haslital einzustehen und dabei die Forderungen des Kontaktgremiums unmissverständlich zu vertreten. Der Regierungsrat hat damals in seiner Antwort festgehalten, dass er sich beim VBS für die Forderungen des Kontaktgremiums unmissverständlich eingesetzt habe. Deshalb wurde die Motion auch gleich als erledigt abgeschrieben.

Umso überraschender die jüngste Stellungnahme des Regierungsrates zum Objektblatt Militärflugplatz Meiringen von Ende Februar 2012: Die Berner Kantonsregierung verlangte darin zwar erfreulicherweise, dass die flugfreie Zeit des Kampffjetbetriebs mindestens vier Monate beträgt. Weiter hält der Regierungsrat jedoch an jährlich 4000 Flugbewegungen fest. Dies erscheint mir wenig mutig und wird der akuten Lärmproblematik in der Region nicht gerecht. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn der Regierungsrat gegenüber dem VBS unmissverständlich eine stärkere Reduktion der Flugbewegungen – wie vom Kontaktgremium gefordert – vertreten hätte.

Meine aktuelle Standesinitiative deckt sich mit den Forderungen des Kontaktgremiums. Dieses ist mit Vertretern von Gemeinden, Anwohnern, Gewerbe, Tourismus und weiteren lokalen Organisationen breit abgestützt. Die Forderungen des Kontaktgremiums sind: eine Flugpause von vier Monaten und maximal 2500 Kampffjet-Flugbewegungen pro Jahr.

Dass diese Forderungen keineswegs revolutionär sind, zeigt der Kanton Wallis. Dessen Regierung hat die ETH Lausanne mit einer Studie zur Zukunft des Flughafens in Sitten beauftragt. Die Ergebnisse liegen seit April 2012 vor: Die heutige militärische Nutzung des Flughafens (zirka 1000 Kampffjet-Flugbewegungen) führt zu einer massiven Wertminderung des Bodens von 150 bis 180 Millionen Franken und zu einer verstärkten Lärmbelastung. Dies im Vergleich zur Plafonierung der Flugbewegungen auf dem Niveau von 2001, was zirka 570 Flugbewegungen entspricht.

In der Folge und im Wissen um die Studienergebnisse sprach sich die Regierung des Kantons Wallis für die Halbierung der heutigen militärischen Flugbewegungen aus und fordert damit eine maximale Lärmbelastung auf dem Niveau von 2001. Sie unterstützt damit eine Resolution des Walliser Kantonsparlaments, die 2008 über alle Parteigrenzen hinweg mit 81 Ja, 2 Nein und 1 Enthaltung überwiesen wurde.

Es geht bei dieser Thematik also nicht nur um die Lärmproblematik, sondern ganz konkret auch um wirtschaftliche Gründe: um die Wertminderung des Bodens und die Auswirkungen auf den Tourismus.

In einem E-Mail hat mir jüngst eine betroffene Person geschrieben: „Gestern und heute wieder habe ich auf einer Hotelterrasse in Brienz über 100 dB gemessen! (...) So starker Lärm führt zu gesundheitlichen Problemen und Gehörschäden und setzt den Körper unter Stress. Es ist zum Verzweifeln, wenn man sieht wie unsere Gäste nur noch den Kopf schütteln, teils reklamieren und viele abreisen und leider nicht mehr wiederkommen. Unsere Arbeitsplätze im Gastgewerbe und im Tourismus werden durch die VBS-Generäle (...) sabotiert.“

Auch der Walliser Regierung wurde vom VBS gesagt, dass 1000 Flugbewegungen notwendig seien. Trotzdem macht sie sich stark für eine massive Senkung. Ein bisschen mehr Mut hätte ich auch von der Berner Regierung erwartet. Die Antwort auf die letzte Motion Ende 2008 jedenfalls hatte entsprechende Hoffnungen geweckt.

Zum Arbeitsplatz-Argument: Ja, als Sozialdemokratin ist mir der Erhalt von Arbeitsplätzen sehr wichtig. Aber: Es geht hier nicht um eine Abschaffung des Flugplatzes, sondern nur um eine Reduktion der Flugbewegungen. Und: Gerade der Tourismus sichert in der Region weit mehr Arbeitsplätze als dies der Militärflugplatz je vermag.

Zur Lärmproblematik: Zu viel Lärm macht krank. Und diese Aussage ist keineswegs übertrieben, sondern Titel eines Faktenblattes des BAFU, Abteilung Lärmbekämpfung. Die chronische Lärmbelastung versetzt den Körper permanent in Alarmbereitschaft. Die gesundheitlichen Folgen des alltäglichen Lärms sind grösser als man denkt: Schlafstörungen, Verdauungsstörungen, Bluthochdruck, Herzinfarkt, Depressionen und Aggressionen sind die häufigsten lärmbedingten Krankheiten.

Dem Argument, dass eine Senkung der Luftbewegungen in Meiringen einer Abschaffung der Luftwaffe gleichkomme, muss ich entschieden widersprechen: Wenn sich die Luftwaffe auf die Aufgabe als Luftpolizei beschränkt, sinken die Anzahl Kampffjet-Bewegungen pro Jahr automatisch auf weniger als die Hälfte der heutigen Bewegungen. Die luftpolizeilichen Tätigkeiten könnten also fortgesetzt werden, das heisst Luft zu Luft-Übungen und Luft-Luft-Einsätze z.B. gegen Terroristen oder verirrte Flugzeuge et cetera. Auf die Beübung eines Luftkrieges müsste jedoch verzichtet werden, das heisst auf die Übung eines Luftkampfes gegen einen sogenannten symmetrischen Gegner, was jedoch einen vollausgewachsenen europäischen Krieg voraussetzen würde. Weiter müsste verzichtet werden auf den Luft-Boden-Kampf (Bombardierung aus der Luft), der aber ohnehin seit 15 Jahren nicht mehr geübt wird.

Was die Luftpolizei anbelangt, so stellte auch der Kommandant der Luftwaffe Markus Gygax in der NZZ vom 19. November 2011

klar: „Den Luftpolizeidienst im Frieden können wir erfüllen, die Überwachung des World Economic Forum oder anderer Grossanlässe auch. Sobald wir aber länger permanent in der Luft präsent sein müssen, um in einem Konfliktfall reagieren zu können, reichen unsere jetzigen Luftkampfmittel eindeutig nicht.“ Milliarden für einen so definierten „Konfliktfall“ wären also eine Luxusversicherung, die wir uns nicht leisten können.

Mit der Konzentration auf die luftpolizeilichen Aufgaben können also die Forderungen des Berner Oberländer Kontaktgremiums problemlos erfüllt werden und zwar ohne eine Mehrbelastung von Payerne, Sitten oder gar einer Wiederbelebung von Emmen oder Dübendorf.

Und zuletzt noch die Haltung der Bevölkerung in der Region: 2007 gab es im Berner Oberland Ost deutliche Mehrheiten für die Eidgenössische Volksinitiative "Gegen Kampffjetlärm in Tourismusgebieten" von Franz Weber. Für die Initiative beziehungsweise gegen den Fluglärm sprachen sich die Gemeinden wie folgt aus: Brienzwiler 71 Prozent, Hofstetten 68,7 Prozent, Brienz 68,5 Prozent, Schwanden 65,1 Prozent und Meiringen 52 Prozent. Schweizweit wurde die Initiative dagegen mit 68 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Grosse Rat hatte bei dieser Berner Standesinitiative die Wahl: Mehr Lebensqualität und mehr und bessere Arbeitsplätze – oder mehr Lärm und Gefährdung des im Oberland so entscheidenden Wirtschaftszweiges Tourismus. Der Grosse Rat entschied sich leider für Zweites. Jetzt kann die betroffene Bevölkerung noch auf das Bundesparlament hoffen. Dort ist ein entsprechender Vorstoss von Nationalrätin Evi Allemann hängig.

Weitere Informationen:

Vorstoss „Keine weitere Verschlechterung von Gesundheit und Lebensqualität: Weniger militärischer Fluglärm in Meiringen“ von Nadine Masshardt: <http://www.gr.be.ch/gr/de/index/geschaefte/geschaefte/suche/geschaefte.gid-07fb8fd282484004ba10ae962099d424.html>

Vorstoss „Weniger militärischer Fluglärm“ von Evi Allemann: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20114021

Kanton Wallis – Resultate der EPFL Studie: http://www.vs.ch/Public/doc_detail.asp?DocumentID=29200